

BLICKPUNKT



• **Widerstand gegen Kdolsky.** Die Aussage von Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky, auch in der nächsten Periode für das Regierungsamt zur Verfügung zu stehen, wird von Teilen der ÖVP nicht goutiert. Der Abgeordnete Maier erklärte, er wolle sie „nicht mehr sehen“.

KOMMENTAR



Gratulation!

KURT HORWITZ
kurt.horwitz@vn.vol.at
☎ 01/3 17 78 34-11

Räuber überfallen hilflose Bürger; Ordnungshüter kommen zufällig vorbei, ertappen die Verbrecher, werden in einen Schusswechsel verwickelt und verjagen die Täter. So lautet jedenfalls die offizielle Darstellung.

Da kann man nur gratulieren: Den Überfallenen, dass Hilfe nahe war; und den Ordnungshütern, dass ihre Arbeit dank guter Ausbildung erfolgreich war. FPÖ und BZÖ sehen das aber anders: Der Schusswechsel zeige, dass solche Aktionen gefährlich sind und fordern den sofortigen Rückzug der Helfer.

Nun mag man darüber diskutieren, ob österreichische Soldaten im Rahmen der EU-Schutztruppe EUFOR im Tschad – dort hat sich der Vorfall abgespielt – für Ordnung sorgen sollen. Das starke Eigeninteresse der Franzosen in ihrer ehemaligen Kolonie lässt da gewisse Zweifel aufkommen.

Wenn aber unsere Regierung schon einmal die Teilnahme beschlossen hat, wäre es mehr als paradox, die Soldaten just nach einem erfolgreichen Einsatz zurückzubehalten. Sie haben Zivilisten mit Waffengewalt vor Verbrechern geschützt. Genau dazu sind sie dort. Oder hätten sie sofort umdrehen und flüchten sollen, als sie verletzte Verbrechenopfer bemerkt haben?

Kampf um jede Unterschrift

■ Liberale treten bei Wahl an – Dinkhausers Bürgerforum sammelt noch Unterschriften.

Wien (VN-rom) Das Liberale Forum von Heide Schmidt hat die notwendigen 2600 Unterstützungserklärungen für die Nationalratswahl gesammelt und kann am 28. September antreten. Probleme hat hingegen noch die Liste von Fritz Dinkhauser: Wien und Niederösterreich bereiten dem Tiroler Kopfschmerzen. Aller-

„Wir sind mit dem Handwagele unterwegs, das Liberale Forum mit dem Haselsteiner.“

Fritz Dinkhauser



Fritz Dinkhauser rechnet fest mit einem bundesweiten Antreten.

(Foto: APA)

dings ist er überzeugt, bis zum Fristablauf am Freitag die 2600 Unterschriften für eine bundesweite Kandidatur vorlegen zu können. „Wir sind auf gutem Weg“, gibt er sich optimistisch. Sollte es wider Erwarten nicht gelingen, will er sich überlegen, auf ein Angebot „einer Gruppe“ zurückzugreifen, die drei Nationalratsabgeordnete als

Unterstützer „zur Verfügung stellen“ würde, womit ein Antreten ebenfalls gesichert wäre. Von welcher Fraktion das Offer kommt, war Dinkhauser nicht zu entlocken.

Ebensowenig der Name des Spitzenkandidaten in Vorarlberg. „Ich habe Gespräche geführt und den Leuten gesagt, sie sollen untereinander entscheiden, wer das macht.“ Es hand-

le sich um durchwegs redliche und politisch erfahrene Leute. Zum Liberalen Forum meinte Dinkhauser, dieses sei beim Stimmensammeln mit dem Haselsteiner unterwegs, seine Liste „mit dem Handwagele“.

LIF-Bundessprecher Alexander Zach, der 2006 auf einem SPÖ-Ticket in den Nationalrat einzog, sprach in seiner Stellungnahme von einer „ex-

trem positiven“ Resonanz. Er kritisierte aber zugleich die Gesetzesbestimmung, dass im Nationalrat vertretene Parteien das Antreten durch die Unterschriften von drei Nationalratsabgeordneten legitimieren können.

mehrwissen.vol.at
• Nationalratswahlordnung. Nationalratswahlordnung mit allen gesetzlichen Bestimmungen.

Wähler werden immer beweglicher

■ Wechselwähleranteil liegt schon bei 60 Prozent – Immer wieder Überraschungen.

Wien (VN) Kaum jemand wagt Prognosen über den Ausgang der Nationalratswahl am 28. September. Dies liegt auch daran, dass das Verhalten der Wähler immer schwerer abschätzbar wird. Sie sind in den vergangenen 20 Jahren wesentlich beweglicher geworden. Mittlerweile geben sechs von zehn Wählern an, unterschiedliche Parteien gewählt zu haben.

Gut 40 Jahre lang war das Wahlverhalten stabil: SPÖ und ÖVP lagen so gut wie im-

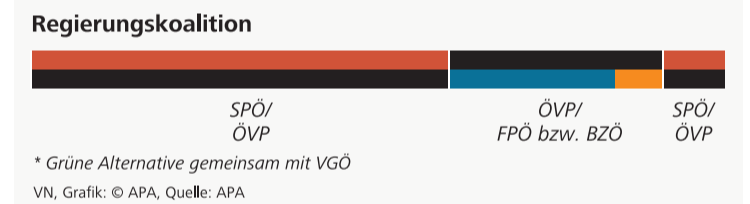
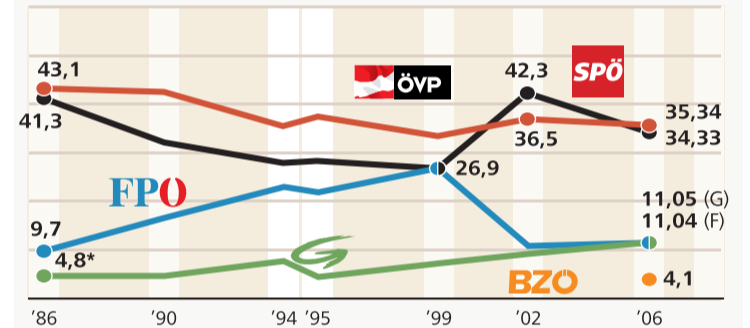
mer über 40 Prozent, von 1945 bis 1966 die ÖVP, dann die SPÖ vorne, die FPÖ zwischen fünf und zehn Prozent. Abgesehen von der KPÖ schaffte keine andere Partei den Einzug in den Nationalrat.

Trendwende

Mit den Grünen in den 80er-Jahren und der Übernahme der FPÖ durch Jörg Haider 1986 änderte sich dies. Die FPÖ legte bis 1999 von Wahl zu Wahl zu 1.244.087 Stimmen hatte sie am Höhepunkt ihres Erfolgs 1999, als sie knapp vor der ÖVP Zweite wurde.

Wie flexibel die Wähler sind, zeigte sich 2006: Die SPÖ wurde trotz BAWAG-Skandal und ÖGB-Krise wieder Erste,

Immer mehr Wechselwähler
Stimmenanteile bei Nationalratswahlen in Prozent



die Grünen erstmals vor der FPÖ. Mit der Wiederauflage der Großen Koalition dürfte sich der Trend erneut geändert haben. Bei Landtagswahlen (Tirol und NÖ) erlebte die

SPÖ ein Debakel, auch die Grünen verloren. Die FPÖ erholte sich, das BZÖ blieb bedeutungslos. In Tirol schaffte die Liste Dinkhauser einen Überraschungserfolg.

VN-INTERVIEW: Islam-Experte Thomas Schmidinger zur islamischen Szene in Österreich

„Sehr repressive Vorstellungen“

■ Der Vorarlberger Thomas Schmidinger hat ein Buch über den Islam herausgegeben.

VN: Sie haben in einem Handbuch die islamische Szene vom Boden- bis zum Neusiedlersee dokumentiert. Was hat Sie dazu bewogen?

Schmidinger: Uns Autoren hat schon länger der Diskurs über den politischen Islam in Österreich sehr gestört: Einerseits die Gruppe, die sagt, „es gibt überhaupt kein Problem damit, der Islam ist lieb und nett“; andererseits die Gruppe, die den Islam dämonisiert. Wir wollen darstellen, dass es innerhalb des Islam in Wirklichkeit ein sehr breites Spektrum gibt. Die Mehrheit der in Österreich lebenden Muslime kann mit einer politischen Interpretation des Islam nichts anfangen.

VN: Wie groß ist der Anteil der Moslems, die einen politischen Islam verfolgen?

Was man sagen kann ist lediglich, dass höchstens zehn bis 15 Prozent der Muslime einem Moscheenverein an-

gehören. Und davon verfolgt wiederum nur ein kleiner Teil einen politischen Islam.

VN: Sie schreiben von Leuten, die mit „Dschihadisten“ sympathisieren. Was heißt das? Wie viele sind es?

Das sind Leute, die relativ offen mit Anschlägen im Irak, in Palästina und eventuell auch in Europa sympathisieren. Ich würde sagen, es handelt sich etwa um ein Prozent der in Österreich lebenden Muslime.

„Kaplan-Anhänger wollen einen Staat nach islamischem Recht, also mit Körperstrafe.“

THOMAS SCHMIDINGER, BUCH-AUTOR



VN: Wo konzentrieren sie sich? Es gibt ja die verschiedensten Gemeinden.

Wir haben arabische und schiitische Organisationen fast nur in Wien und Graz. In Vorarlberg und Tirol gibt's eigentlich aus der Struktur der muslimischen Bevölkerung

heraus fast nur türkische und bosnische Gruppen. In Vorarlberg sind sicher die Kaplan-Anhänger am radikalsten. Das sind ganz wenige Leute, die nicht mehr in einem Verein organisiert sind und die im Bezirk Bregenz sind. Ihr Ziel ist ein Staat nach islamischem Recht, also mit Körperstrafe etc.

VN: Und was will der Großteil „radikaler Moslems“?

In Österreich ist die Agenda derzeit vor allem auf die islamische Gemeinde selbst gerichtet; das heißt, dass sie ihr Konzept dort propagieren. Wobei das sehr stark auch das Alltagsleben bestimmt – zum Beispiel also, was Frauen betrifft, Sex vor oder außerhalb der Ehe, Homosexuelle; da sind sie sehr repressiv.

VN: ... mit „Opus Dei“ vergleichbar?

Das ist sicher vergleichbar.

VN: Wollen solche Gruppen auch Österreicher islamisieren?

Das ist nicht die Hauptstößrichtung dieser Gruppen. Sie versuchen aber, parallelgesell-

schaftliche Strukturen zu fördern – z. B. islamische Horte und Schulen.

VN: Gibt es eine Szene, die eine Gefahr darstellt?

Man kann nie ausschließen, dass einzelne Leute entschlossen sind, Anschläge zu unternehmen. Aber da sehe ich in Österreich ein viel geringeres Problem als in anderen europäischen Staaten.

VN: Die „Islamische Glaubensgemeinschaft“ vertritt als offizieller Ansprechpartner nur einen Teil der Moslems.

Die Glaubensgemeinschaft ist sicher nicht der Ansprechpartner für alle Muslime. Ob eine Reform möglich ist, ist aber fraglich: Wir haben im Islam keine Struktur, die der katholischen Kirche entsprechen würde; es ist eine Aufsplitterung gegeben. Wenn man eine Vertretung aller Christen schaffen möchte, dann wäre das wohl auch schwierig. (joh)

„Zwischen Gottesstaat und Demokratie: Handbuch des politischen Islam“ von Thomas Schmidinger und Dunja Larisse. Deuticke-Verlag, 288 Seiten, 19,90 Euro.



Der „Faymann-Spagat“. (Karikatur: Raos)

VN-BLICK HINTER DIE KULISSEN

Westenthaler denkt über Rückzug nach

Wien (APA) Das noch vor kurzem zerstrittene Wiener BZÖ hat sich wieder zusammengerauft. Nach Aussagen aus der Landesgruppe hat man sich auf eine Liste für die Nationalratswahl geeinigt. Noch vergangene Woche hatte die Gruppe um Ex-Landeschef Barnet mit Herbert Scheibner einen eigenen Spitzenkandidaten nominiert. Nun wurde die Liste zurückgezogen. Peter Westenthaler soll zwar Spitzenkandidat in Wien werden, hat allerdings laut eigener Aussage um Bedenkzeit gebeten. Zwei Tage hat er noch. Ob er die Politik überhaupt verlässt oder bleibt, ist offen. Bei einer Bündnissitzung vor eineinhalb Wochen hatte es noch geheißt, man wolle Westenthaler als Klubchef behalten.

Unterdessen geht die Suche nach eventuellen orangenen Kandidaten weiter. Zumindest als Gerücht existiert die Kandidatur des ehemaligen Rechnungshof-Präsidenten Franz Fiedler.



Franz Fiedler
(Foto: APA)